

Unter anderem in dieser Ausgabe:

**FRAUEN\*KAMPFTAG:** BERICHT VON DER DEMO s. 4  
**VIER MAL EINHUNDERT:** UNSERE „NEUEN“ IM STADTRAT s. 6  
**AUS DEM LANDTAG:** SCHON WIEDER APRIL? s. 7  
**MONTAGSMAHNWACHENDEBATTE:** ZWEI BEITRÄGE s. 10 & 11

Veranstaltungstipp

## 70. Jahrestag der Befreiung

Am 8. Mai 2015 feiern wir den 70. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Holocaust, zugleich gedenken wir deren Opfern. - **Siehe letzte Seite**

Fr. 8.05 19:00 Uhr - Alte Handelsbörse

# Mitteilungsblatt

Ausgabe 04/2015 Zeitung der Partei DIE LINKE. Leipzig

**DIE LINKE.**



Bild von der ersten „1.-Mai-Demonstration“ im Jahr 1890 im Dresden. In diesem Jahr feiert der Tag in seiner Bedeutung sein 125. Jubiläum.

Foto: © AdSD der Friedrich-Ebert-Stiftung

## 1. Mai 2015: Das muss drin sein!

**Volker Kūlow** Zum Beginn der Kampagne der LINKEN gegen prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse

Genau vor 125 Jahren – am 1. Mai 1890 – wurde der „Protest- und Gedenktag“ erstmals weltweit mit Massendemonstrationen begangen. Ein Jahr zuvor war der Opfer des Haymarket Riot (Chicago) gedacht worden und der 1. Mai als „Kampftag der Arbeiterbewegung“ ausgerufen. Bereits 1886 war der 1. Mai in Nordamerika mit dem Aufruf zu einem Generalstreik verbunden gewesen; es ging damals um die Durchsetzung des 8-Stunden-Tages. Weltweit erinnern Gewerkschafterinnen und Gewerkschaften und linke Parteien immer wieder an diese Entstehungsgeschichte des 1. Mai, seine Bedeutung für die Mobilisierung einer politischen Mitbestimmung der Beschäftigten und die Durchsetzung von sozialen Forderungen für eine humanere Arbeitswelt und einen besseren Sozialstaat. Auch die internationale Ausrichtung der Arbeitskämpfe ist bis heute ein wesentlicher Anknüpfungspunkt bei den Forderungen nach höheren Löhnen, besseren Arbeitsbedingungen und sozialer Absicherung. In diesem Jahr wird unsere Partei den 1. Mai auch in Leipzig nutzen, um ihre Kampagne „Das muss drin sein“ vorzustellen, deren Laufzeit sich über mehrere Jahre er-

strecken wird. Damit versucht DIE LINKE eine Gegenstrategie zu Merkels autoritärer Krisenpolitik und dem rechtspopulistischen Kulturkampf (PEGIDA, AfD usw.) zu entwickeln. Hauptziel dieser Bewegung ist es, das Terrain der Auseinandersetzung zu verschieben und gegen die Abgrenzung nach „unten“ oder gegen Menschen in anderen Ländern die soziale Frage wieder als Klassenfrage in den Mittelpunkt zu stellen. Auch wenn die Fakten in der Öffentlichkeit zu wenig reflektiert werden, ist festzustellen: die Strategie der Exportdominanz der deutschen Wirtschaft – beruhend auf der Verbindung von hoher Produktivität und Lohndumping – hat in der BRD zum größten Niedriglohnsektor Europas und der Ausweitung von prekärer Arbeit geführt. Der Mythos vom „Jobwunder“ Deutschland verdeckt, dass Millionen Menschen in unserem Land durch Dauererwerbslosigkeit und wachsende Armut keine Zukunftsperspektive auf gute Arbeits- und Lebensbedingungen haben. Statt sich diesen Problemen endlich zuzuwenden, ist die Politik der „schwarzen Null“ das Kernprojekt der Großen Koalition. Hier setzt DIE LINKE nun mit der Kampagne

„Das muss drin sein“ genau an. Wir wollen die prekären Arbeits- und Lebensverhältnisse stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken, skandalisieren und zum Bestandteil der politischen Auseinandersetzung machen. Entlang dieses Slogans kann der Kampf darum geführt werden, was in einem reichen Land als selbstverständlich gelten sollte – mit fünf zentralen Forderungen: Befristung und Leiharbeit stoppen; Mindestsicherungen ohne Sanktionen statt Hartz IV; Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst; Wohnen und Energie bezahlbar machen; Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit. Die Kampagne soll nach Auffassung von unserem Bundesvorsitzenden Bernd Rixinger dabei organisierend wirken: Die Betroffenen sollen AkteurInnen der politischen Auseinandersetzung werden, sich beteiligen und (sich) organisieren. Sie sollen Vertrauen in ihre politischen Handlungsmöglichkeiten gewinnen, indem Konflikte geführt werden, die – auch wenn es zunächst kleine Schritte sind – gewonnen werden können. DIE LINKE als aktive Mitgliedspartei wäre im Idealfall dazu geeignet, als Scharnier zwischen den verschie-

Fortsetzung von Seite 1

denen sozialen Kämpfen zu fungieren. Allerdings müssen wir dafür auch in unserem Stadtverband die Fähigkeiten verbessern, aktiv und verbindend, aufregend und einladend zu agieren. Die Kampagne ist in

diesem Sinne auch ein selbstorganisierter Lernprozess für uns, in dem Mitmachen nicht nur bedeutet, einen bereits fertigen Plan umzusetzen, sondern Räume für Austausch zu schaffen, Fähigkeiten zur Orga-

nisation zu entdecken und zu verbreiten. Nehmen wir diese Herausforderung jetzt alle gemeinsam an. An erste Ideen und Aktivitäten kann bereits angeknüpft werden.

## Abendland und Tellerrand

Juliane Nagel Emanzipatorische Konzepte stark machen, statt über Pegida zu reden.

Die Erklärungsversuche zur \*GIDA-Bewegung, die in einer Veranstaltung des linXXnet am 31. März im Werk 2 angestellt wurden, müssen unvollständig bleiben. Im Zentrum stand die Frage wie linke Politik reaktionären Erhebungen wie Pegida und Co das Wasser nachhaltig abgraben kann. Horst Kahrs von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Dr. Robert Feustel von der Uni Leipzig erörterten vor 150 Menschen die Hintergründe, AkteurInnen und Folgen der \*gida-Bewegungen.

Wider alt bekannten Deutungsmustern sind es nicht deklassierte Menschen, sondern - laut ersten und unvollständigen Studien - männliche, der „Wendegeneration“ angehörende, mitten im Leben stehende Menschen, die an verschiedenen Wochentagen an verschiedenen Orten auf die Straße gehen. Bei allen diffusen Forderungen und Einwänden, die diese formulieren, ist die negativ-Fokussierung auf Asyl und den Islam offenkundig.

Nichts desto trotz muss man tiefer blicken. Wie kommen die Deutschlandfahenschwenkenden AnhängerInnen darauf, MigrantInnen für ihre niedrige Rente verantwortlich zu machen oder mit enthusiastischer Wut auf den „Staatsfunk“ zu schimpfen. Feustel wie auch Kahrs sehen Pegida und Co nicht als Momentaufnahme, sondern als Ergebnis eines gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozesses. Sowohl der neoliberale Schub der vergangenen Jahre, eine tiefe Entfremdung vom Politikapparat als auch der rasante technologische Wandel mit seinen Veränderungen der (medialen) Kommunikation können demnach ursächlich sein. Dies entschuldigt jedoch nicht die machtvolle Pose und den chauvinistischen und Ungleichwertigkeitsvorstellungen atmenden Geist der euphemistisch „Spaziergänge“ genannten Märsche. Mit Pegida und ihren Ablegern geht kein emanzipatorisches Potential auf die vor allem sächsischen Straßen. Es sind auch keine Menschen, die durch Ängste

getrieben sind, sondern solche, die offensiv und aggressiv Forderungen stellen. Die Protestierenden sind Ausdruck eines politischen Rechtsrucks, der auch bei Wahlen seit 2003 zu verzeichnen ist. Es sind die, die in sozialwissenschaftlichen Studien durch hohe Zustimmungswerte zu rassistischen und autoritären Einstellungen auffallen. \*gida ist geprägt durch eine starke Abschottungs- und Bewahrmentalität. Nicht soziale Abstiegsängste, sondern die Sorge um das eigene Land, Deutschland als „bedrohtes Paradies“, das es gegen „Eindringlinge“ und gesellschaftlichen Fortschritt zu verteidigen gelte, sprechen aus den Äußerungen der Mitlaufenden.

Auch die politische Linke sei verantwortlich dafür, dass der Protest diese regressiven Formen annehmen und Bewegungen des „sozialen Nationalismus“ (Horst Kahrs) Raum geben würde. Es gäbe keinen greifbaren, im Alltagsbewusstsein ankommenden emanzipatorischen Gegenentwurf, so Kahrs.

Feustel fügt als Problem die Verdichtung des Politikbetriebes und vor diesem Hintergrund ablaufende Ablenkungsstrategien von eigentlich wichtigen Problemen hinzu. „Wir reden über Pegida. Genau das ist ein Problem.“ Es bedürfe mehr Mut, mehr Radikalität und das Setzen anderer, eigener

Themen. Auf Pegida und Co als WählerInnengruppe zu schielen sei absurd. Die Linke muss vielmehr einen deutlichen, aber plastischen Kontrapunkt setzen. Dieser bestehe laut Horst Kahrs im Einstehen für die Gleichheit aller Menschen und dem Begreifen der Demokratie als Lebensform. Die Linke habe kein Gegenmodell, meinte Feustel eher defätistisch mit Blick auf die real existierende Linke.

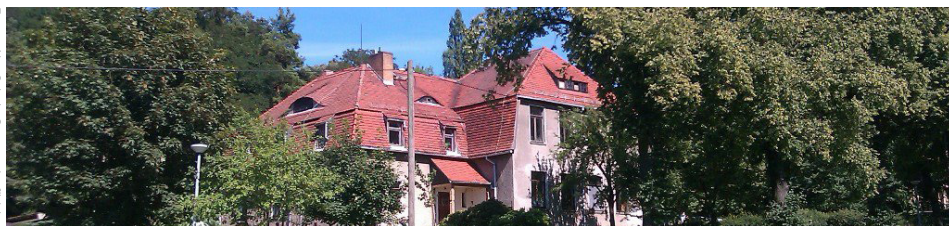
Wortgewaltige antikapitalistische Proklamation plastisch zu machen und auch mal überraschende Vorschläge zu machen, wie bspw. die Überlassung von hiesigen, leer stehenden Kirchen an syrische Christen, sei ein Weg, so Kahrs.

Die geforderte alltagskompatible Radikalität bestünde darin im Alltagsbewusstsein der Menschen den Moment zu finden, in dem sie wirklich etwas anders wollen. Ganz wie der Politikwissenschaftler Johannes Agnoli bekundete: „Es geht darum, daß man sieht, jetzt entsteht eine Bruchsituation, die nicht nur Ideen und Prinzipien betrifft, sondern Millionen von Menschen.“ Pegida und Co könnten bald verschwunden sein. Es bleibt ein gesellschaftlicher Bodensatz, der den Geist von Entsolidarisierung und Chauvinismus atmet. Darauf muss sich die Linke - nicht nur die parteiförmige - einstellen.



Viele Interessierte folgen der Debatte

Foto: Marko Forberger

Foto: „Alte Schule Cunnersdorf“ | <https://www.facebook.com/AlteSchuleCunnersdorf/>

## Perspektiven für Schulen im ländlichen Raum

**Marianne Küng-Vildebrandt** Am 17.03.2015 diskutierten im Infoladen Zittau die bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Sächsischen Landtag Cornelia Falken und Jens Thöricht, Kreisrat der LINKEN

Zu der Veranstaltung „Perspektiven für Schulen im ländlichen Raum – Alternativen zur Schulschließung“ sind mehr als 25 Interessierte gekommen. Zu der Veranstaltung hatte das Kommunalpolitische Forum Sachsen e.V. (KFS) eingeladen.

Cornelia Falken informierte über den aktuellen Stand zum Schulgesetz. Dieses existiert seit dem Jahr 2004, im vergangenen Jahr erklärte das Bundesverfassungsgericht eine Vorschrift in Sachsens Schulgesetz teils für verfassungswidrig. Städte und Gemeinden müssten mitentscheiden können, wenn es um die Schließung von Grund- und Hauptschulen gehe. Dem vorangegangen war die Klage der Stadt Seiffenndorf (Lkr. Görlitz) gegen den 2005 beschlossenen Schulnetzplan des Landkreises Görlitz geklagt. Damit sollte die darin vorgesehene Schließung ihrer Mittelschule verhindert werden. Die bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Sächsischen Landtag sieht im derzeitigen Schulgesetz viele Punkte, die überarbeitet werden müssen. Allerdings lässt sich die Sächsische Staatsregierung Zeit damit. Zwar soll in diesem Jahr noch ein Referentenentwurf vorgelegt werden, diesen will aber die CDU/SPD Regierung wahrscheinlich über mehrere Jahre diskutieren. Strittige Punkte sind die Anzahl der Schüler\_innen je Klasse, die Lernmittelfreiheit, die Schülerbeförderung und wie viele Anmeldungen notwendig sind, um eine Klasse zu bilden.

Jens Thöricht, Kreis- und Stadtrat der LINKEN, informierte über die Schulthematik in der Stadt Zittau. Steigende Schüler\_innenzahlen, fehlende Investitionen in die bestehenden Schulgebäude in der Vergangenheit stellt die Stadtverwaltung wie auch den Stadtrat vor große Herausforderun-

gen. Hier muss laut Thöricht deutlich höhere Finanzmittel für den Ausbau von Schulen eingefordert werden. Städte wie Zittau kommen mit ihren Finanzmitteln an die Grenzen, die fehlende Finanzausstattung der Kommunen durch die Landesregierung wirkt. Und auch im Landkreis ist das Schulgesetz ein Thema. So sieht augenscheinlich der Landrat keinen Handlungsbedarf, solange kein neues Schulgesetz beschlossen ist.

In der anschließenden Diskussion wurden zielgerichtete konkrete Fragen gestellt. „Ist das Thema Schulsozialarbeit im Landtag auf der Agenda?“, fragte ein anwesender Schulsozialarbeiter. „Ist der Landesregierung bekannt, dass das kulturelle Leben vor Ort dezimiert wird, wenn Schulen geschlossen werden. Junge Menschen, die sich im Schulchor, in der Jugendfeuerwehr usw. engagieren, haben dazu oftmals aufgrund langer Schulwege keine Zeit mehr“, fragte ein Bürger aus Seiffenndorf.

Cornelia Falken und Jens Thöricht machten ihre Positionen deutlich. Die Schulen im ländlichen Raum müssen erhalten werden. Wenn die Schülerzahl nicht für eine Klassenbildung ausreicht, kann auch ein jahrgangsübergreifender Unterricht eine Lösung bieten. Die Schülerbeförderungskosten im ländlichen Raum sind wie die Gleichstellung von staatlichen und freien Schulen ein Thema, die von der Kreis- und Landespolitik behandelt werden müssen. Und das nicht erst im Jahr 2017.

Zum Schluss gab Cornelia Falken ein Versprechen. Im Herbst kommt sie wieder und wird den linken Entwurf eines Schulgesetzes und wie dieser sich für den Landkreis Görlitz auswirken würde, vorstellen. Dies wurde von den Anwesenden positiv aufgenommen und begrüßt.

## Wahlkampf helferInnen gesucht

Redaktion MiB Auch 2015 ist ein Wahljahr.

Am 7. Juni 2015 finden in Sachsen Landrats- und Bürgermeisterwahlen statt. Da wir als Leipziger LINKE diesmal „wahlfrei“ haben, möchten wir gern die umliegenden Landkreise Leipzig und Nordsachsen bei ihren Wahlkämpfen solidarisch und aktiv unterstützen.

In den Landkreisen geht es darum die Vormacht der CDU in den Landratsämtern abzulösen, die roten Rathäuser in Böhlen und Borna zu verteidigen oder neue, zum Beispiel in Delitzsch, zu erringen. Dazu brauchen wir die tatkräftige Unterstützung unserer Genossinnen und Genossen. Dies ist sowohl bei Infoständen unserer Partei oder auf Stadtteilstellen oder bei Aktionen in Freibädern oder beim altbekannten Plakatieren oder worauf ihr zusätzlich noch Lust habt nötig.

Wer mitmachen will, kann sich per Telefon in unserer Geschäftsstelle bei Steffi Deutschmann melden:

0341 1406 44 11

oder per Email bei Kay Kamieth:

[Kay.Kamieth@die-linke-in-leipzig.de](mailto:Kay.Kamieth@die-linke-in-leipzig.de)

## Stadtparteitag

3. Tagung des 4. Stadtparteitags  
Samstag 20. Juni 2015

## Stadtparteitag am 20. Juni 2015

Redaktion MiB Ankündigung SPT

Am 20. Juni 2015 findet in den Räumlichkeiten der LVB an der Angerbrücke die 3. Tagung des 4. Stadtparteitags der Leipziger LINKEN statt. Beginn ist 09:30 Uhr. Mit dem Beschluss des Stadtvorstandes vom 10. März 2015 ist folgende Tagesordnung vorgeschlagen:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung
3. Referat des Vorsitzenden
4. Diskussion
5. Bericht Mandatsprüfungskommission
6. Bericht Einnahmen und Ausgaben 2014
8. Anträge
9. Schlusswort

Antragsschluss: 26. Mai 2015, 12:00 Uhr.

Fotos oben: Key Kaminski; Foto unten: Bündnis „Frauen\*kampftag Leipzig“



Linksjugend Leipzig mit eigenem Transparent auf der Demo.



Clara-Zetkin-Statue.



Bild von der Demonstration in Leipzig.

## „Kämpfe vereinen!“

Josi Michalke für die Linksjugend Leipzig Ein Demonstrationsbericht vom 8. März

Am 8. März war traditionell der Internationale Frauentag. Wie jedes Jahr haben wieder viele Genoss\*innen Infostände anlässlich des Frauentags gemacht und Material und Nelken verteilt. Doch in diesem Jahr gab es erstmals auch eine Demonstration zum ‚Frauen\*kampftag‘ in Leipzig. Unter dem Motto „Kämpfe vereinen! Für eine revolutionär-feministische Perspektive! Gegen Sexismus und Patriarchat!“ hatte ein Bündnis von verschiedenen Leipziger Gruppen und Initiativen, darunter auch die Linksjugend Leipzig, zu einer Demonstration durch die Stadt aufgerufen. Ziel war es, Feminismus wieder offensiv auf die Straße zu tragen, aktuelle Diskriminierungen zu kritisieren und für ein selbstbestimmtes Leben aller Menschen einzutreten. Als Teil von einer Reihe weltweiter Frauen\*kampftags-Demonstrationen, von Istanbul bis Berlin, sollte der 8. März wieder zu einem politischen Kampftag werden. Um 14h begann die Auftaktkundgebung am Clara-Zetkin-Denkmal. Von dort aus zog die Demo durch die Innenstadt, mit Zwischenkundgebungen am Augustusplatz und Wilhelm-Leuschner-Platz, und endete am Südplatz.

Trotz relativ kurzfristiger Mobilisierung und erstmaligem Versuch, kamen unerwartet ca. tausend Menschen auf die Straße. Das ist ein unheimlicher Erfolg und ein

starkes Zeichen dafür, dass feministische Kritik und die Repolitisierung des 8. März für Viele wichtige Anliegen sind. Wir waren ermutigt von der Zustimmung und der Diversität der Teilnehmenden, die mit ihren kreativen Ideen und Materialien eine laute, bunte und kämpferische Demonstration gestaltet haben. Die Redner\*innen auf der Demonstration sprachen u.a. die Verschränkung von Geschlechterdiskriminierung mit anderen Diskriminierungsformen wie Rassismus und Transfeindlichkeit an. Weitere Themen waren Gewalt an Frauen, die Geschichte der Frauenbewegung in Leipzig, Sexismus auch in linken Strukturen sowie die doppelte Belastung von Frauen\* durch Erwerbs-, Haus- und Erziehungsarbeit. Besonders bewegend war ein Beitrag von kurdischen Frauen über die Kämpfe von Frauen weltweit, der die internationale Solidarität stark machte. Zudem wurde der alljährliche Schweigemarsch gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper von christlichen Fundamentalisten in Annaberg-Buchholz angesprochen, der in diesem Jahr am 1. Juni stattfinden wird. Hierfür gibt es bereits Planungen:

📍 [www.schweigemarsch-stoppen.de](http://www.schweigemarsch-stoppen.de)

Für weitere Informationen rund um den 8. März in Leipzig:

📍 [8maerzleipzig.blogspot.eu](http://8maerzleipzig.blogspot.eu)

## Vollversammlung des Jugendverbandes

Tilman Loos Am letzten Märzwochenende traf sich die linksjugend [solid] Sachsen zur Vollversammlung in Chemnitz

Über 70 Mitglieder und Sympathisant\*innen der sächsischen Linksjugend waren gekommen, um am Freitag und Samstag zu diskutieren, zu beschließen und zu wählen. Nach der Konstituierung und einer Vernetzungsrunde am Freitag wurde ein Kryptografie-Workshop angeboten, bei dem man seine Geräte verschlüsseln konnte. Am Samstag wurde nach einem kurzen Inputreferat über das Phänomen „PEGIDA“ und mögliche Handlungsoptionen, auch zur Unterstützung von Geflüchteten, diskutiert. Anschließend ging es um das Verhältnis des Jugendverbandes zur Partei. Es wurden die 8 Landesparteitagsdelegierten der Jugend gewählt, wo Leipzig mit Sinah al-Mousawi, Steffen Juhran, Jacob Wagner und Jasper Seyde vertreten ist. Für die im September anstehenden Wahlen eines neuen Landesvorstands der sächsischen LINKEN wurde außerdem der Leipziger Steffen Juhran mit 98,4% als neuer Jugendpolitischer Sprecher und damit als die Vertretung des Jugendverbandes im Landesvorstand nominiert. Gewählt wurden außerdem 20 Delegierte für den im April stattfindenden Bundeskongress des Jugendverbandes. Die Vollversammlung hat sich zudem in einem ohne Gegenstimme verabschiedeten Statement zur Zukunfts- und Strategiedebatte der Partei geäußert. In dem Papier heißt es am Ende: „Wer es nicht lassen kann, einen besonders ‚linken Flügel‘ bei DIE LINKE. Sachsen zu suchen, hat ihn gefunden: Schönen guten Tag, unser Name ist linksjugend [solid] Sachsen.“

📍 Mehr Infos: [www.linksjugend-sachsen.de](http://www.linksjugend-sachsen.de)



Nominiert: Steffen Juhran als neuer JuPo

Fotos: Marco Böhmke

# Nicht nur so ein Minisprachröhrchen, sondern wirkliche Mitbestimmung!

Nadja Guld Ein Interview mit Sinah al-Mousawi, Mitglied der Initiative Jugendparlament Leipzig und im Koordinierungsrat der Linksjugend Leipzig



Sinah al-Mousawi.

## Wie ist die Aufstellung zur Wahl für das Jugendparlament (JuPa) verlaufen?

„Es konnte sich bis zum 30. Januar beim Initiativkreis JuPa für die Aufstellung beworben werden und es wurden 31 von 33 Kandidaturen angenommen.“

## Warum wurden zwei Kandidaturen nicht angenommen?

„Die zwei nicht zugelassenen Kandidatinnen wohnen nicht in der Stadt Leipzig, sondern kommen aus dem Leipziger Umland. Viele junge Menschen gehen jedoch in Leipzig zur Schule und haben ihr Umfeld auch in der Stadt. Sie sollten ebenso ein Recht auf Gestaltung der Stadt haben.“

## Wie wird denn das Jugendparlament in den Leipziger Stadtrat integriert?

„Die 20 gewählten Jugendparlamentarier\*innen werden aus ihrem Kreis acht Personen für einen Jugendbeirat wählen. Aus diesem Jugendbeirat wird dann ein\*e Sprecher\*in gewählt. Diese\*r hat Antrags- und Rederecht im Leipziger Stadtrat, jedoch kein Stimmrecht.“

## Findest du diese Regelung denn ausreichend?

„Menschen, die sich für das Jugend-

parlament aufstellen lassen, haben unterschiedliche politische Ansichten. Nun muss diese\*r Sprecher\*in als diplomatische\*r Sprecher\*in auftreten und die eigene politische Arbeit zurückstecken. Zum Anderen sollte doch alle Gewählten ein Rede-, Antrags- und sowieso das noch komplett ausbleibende Stimmrecht haben. Anzunehmen, alle Jugendlichen vertreten eine einheitliche jugendliche Meinung, verkennt Realitäten und erschwert eine tatsächliche pluralpolitische Einbringung junger Menschen in die Kommunalpolitik von Leipzig, da sie sich immer erst auf eine Linie bringen müssen, um ihr Rederecht im Beirat nutzen zu können. Ich wünsche mir nicht nur so ein Minisprachröhrchen, sondern wirkliche Mitbestimmung von jungen Menschen durch das Stimmrecht im Stadtrat.“

## Gabs denn Probleme?

„Anscheinend haben mehrere Menschen nicht ihre Wahlbenachrichtigung zugestellt bekommen. Diese verschickt das Statistikamt in Leipzig. Die Initiative für ein Jugendparlament möchte diese Geschehnisse im Nachgang der Wahl prüfen. Fraglich ist wie Versäumnisse geprüft werden sollen. Da viele Menschen noch nicht wussten, dass sie nun für ein Jugendparlament wahlberechtigt sind, wusste sie auch nichts von der Möglichkeit sich beim Statistikamt zu melden und eine Zuschickung der Wahlbenachrichtigung einzufordern. Die Frist hierfür lief bis zum 13. März.“

## Für welche Themen würdest du dich denn im Jugendparlament einsetzen wollen?

„Mich hat immer gestört das zu beantworten, weil ich noch nie in der Kommunalpolitik gearbeitet habe und auch selbst noch heraus finden muss wie ich Forderungen, die ich vertrete, stark machen kann.“

Das Interview führte Nadja Guld.

## Wahlergebnisse der ersten Wahl zum Jugendparlament

**Redaktion MiB** In einer Onlinewahl wurde das Leipziger Jugendparlament gewählt. Hier die Ergebnisse  
Vom den 23.-29. März konnte durch eine Onlinewahl oder den eingerichteten Wahlmöglichkeiten dieses Jahr zum ersten mal in Leipzig ein Jugendparlament, für die Dauer von zwei Jahren, gewählt werden. Alle in Leipzig wohnhaften Jugendlichen zwischen 14 und 21 Jahren haben aktives und passives Wahlrecht. Die Wahlergebnisse wurden am 30. März um 15:00 Uhr endgültig festgestellt und verkündet. Von 32.047 registrierten Wahlberechtigten haben 1.353 Wähler\*innen ihre Stimme abgegeben. Das macht lediglich 4,2% der Wahlberechtigten aus. Der Kampf um weitergehende politische Teilhabe für Menschen unter 18 Jahren steht somit noch ziemlich am Anfang. Erfreulich ist wiederum das Ergebnis von Sinah Al-Mousawi. Sie wurde mit 508 gültigen Stimmen und somit dem besten Ergebnis ins Jugendparlament gewählt. Das macht 37,5% aller abgegebenen Stimmen. Wir wünschen Sinah alles Gute und viel Kraft für ihre politischen Ambitionen.

Die Wahlergebnisse finden sich unter:

① Mehr Jugendparlament: <http://gleft.de/Qu>

## Subbotnik im L-Haus

**Redaktion MiB** Unser Hof wird schöner  
Am 28. März führte die AG Junge GenossInnen gemeinsam mit anderen Mitgliedern unserer Partei einen Arbeitseinsatz im Hof des Liebknecht-Hauses Leipzig durch. Vielen Dank an alle aktiv Beteiligten.



Eins der Werke der tatkräftigen Gruppe

Fotos: Jena Pellmann

## 4 mal 100 Tage im Stadtrat

Redaktion MiB Die Stadtratsfraktion DIE LINKE im Stadtrat zu Leipzig hat insgesamt vier neue Gesichter. Nachdem die ersten 100 Tage als StadträtInnen vorbei sind, lassen wir die 4 neuen hier über ihre Zeit berichten

Foto: Gerd Ellzer



**Franziska Riekewald**

Die ersten 100 Tage meiner Arbeit als Stadträtin waren turbulent aber auch super interessant. Ich wurde von unserer Fraktion zur verkehrspolitischen Sprecherin gewählt. Da das verkehrspolitische Konzept im Dezember vom „alten“ Stadtrat nicht mehr bestätigt wurde, wurde ich mit meiner Vereidigung sofort ins politische Geschehen geworfen. Die Wirtschaft hat versucht das Konzept nach ihren Wünschen zu verbiegen. Es hat viele Nerven und viel Zeit gekostet, dies zu verhindern. Im Februar wurde das verkehrspolitische Konzept nun endlich beschlossen. Das ist ein Erfolg, denn damit wird der Umweltverbund (Öffentlicher Nahverkehr sowie Rad- und Fußverkehr) gestärkt. Und genau dies sind Ziele aus unserem Wahlprogramm.



**Beate Ehms**

Eigentlich wollte ich ein paar Zeilen über meine Stadtratsarbeit schreiben, aber ich bin dann doch lieber zum Leipziger Frühjahrspatz mit dem Bürgerverein Sellerhausen-Stünz gegangen. Wir haben in Parkanlagen Müll aufgesammelt und ich habe engagierte Leute kennengelernt: Thomas, den neu ernannten Stadtbezirksbeirat von der SPD, Silke, die im Flüchtlingsheim Riesaer Straße eine Tanzkurs leitet, Ibrahim, den Übersetzer. Er hatte 11 junge Männer mitgebracht, die uns tüchtig halfen. Gleichzeitig kamen wir miteinander ins Gespräch und konnten Vieles über die Situation der Flüchtlinge erfahren. Demnächst werde ich das Heim besuchen und mich dort umschaun. Mit dem Bürgerverein bleibe ich auch im Kontakt.



**Adam Bednarsky**

Die ersten Stadtratswochen vergingen wie im Flug. Viel Neues strömte auf mich ein, wollte verarbeitet und koordiniert werden. Ich ziehe den Hut vor meinen Fraktionskolleg\_innen, die seit Jahren mit hohem Engagement und immenser Fachkenntnis die Fahne der linken Kommunalpolitik hoch halten. In ihrem Windschatten kann ich mich behutsam in die Stadtratsfinissen einarbeiten. Als Sportpolitischer Sprecher bin ich Mitglied im Sportausschuss und Ausschuss für Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule. Speziell in der Sportpolitik möchte ich Akzente setzen, wo ich mit Margitta eine profunde Kennerin an meiner Seite weiß. Die Vorgespräche mit Vereinen und Verbänden zeigen, es gibt viel zu tun - packen wir es an.



**Alexej Danckwardt**

Im Stadtrat strebe ich neben der Vertretung der aus der GUS abstammenden BürgerInnen und anderer LeipzigerInnen mit Migrationshintergrund, die Wirtschaftskompetenz der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat zu stärken und beschäftigungspolitische Schwerpunkte setzen. Ich möchte daran mitwirken, dass die Stadt wieder mehr Investitionen anzieht und neue Arbeitsplätze entstehen. Ebenso engagiere ich mich in den Bereichen: Ordnung und Sicherheit sowie die Verkehrs- und Infrastrukturpolitik in engem Zusammenwirken mit den zuständigen Sprechern. Das wachsende Leipzig braucht wieder verstärkt einen kommunalen Wohnungsbau und einen umweltverträglichen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere des ÖPNV.

## DIE LINKE vor Ort

von Redaktion MiB LINKS hilft konkret

Hier finden sich regelmäßige Sprechstunden- und Beratungstermine der Leipziger LINKEN sowie ihrer Abgeordneten.

- 1. & 3. Montag 16:00 bis 18:00 Uhr  
WK-Büro Grünau, Stuttgarter Allee 16  
Bürgersprechstunde mit Cornelia Falken (MdL) und Sören Pellmann (Stadtrat)
- 4. Montag 16:00 bis 18:00 Uhr, Kultur  
Wahlkreisbüro, Mariannenstraße 101  
Abgeordnetensprechstunde mit Franz Sodann (MdL)
- jeden Dienstag 16:00 bis 18:00 Uhr,  
Liebknecht-Haus, Braustraße 15  
Sozialberatung mit Dr. Dietmar Pellmann und Alexej Dankwart (Anwalt)
- jeden Mittwoch, 11:00 bis 15:00 Uhr,  
linXXnet, Bornaische Straße 3d,  
Sozialberatung mit Marko Forberger (Dipl.-Sozialpädagoge)
- jeden Donnerstag, 15:00 bis 17:00 Uhr,  
WK-Büro Grünau, Stuttgarter Allee 16,  
Sozialberatung mit Dr. Dietmar Pellmann
- 1. & 3. Donnerstag, 14:00 bis 18:00 Uhr  
Wahlkreisbüro, Mariannenstraße 101  
Sozialberatung mit Steffen Klötzer

## Stadtbezirksbeiräte stehen fest

Redaktion MiB Leipziger Stadtrat wählt neue Stadtbezirksbeiräte

Zur Tagung des Stadtrats am 25. März 2015 wurden auch die neuen Stadtbezirksbeiräte gewählt. Diese sind künftig zu allen wichtigen Angelegenheiten, die ihren jeweiligen Stadtbezirk betreffen, anzuhören, sie tagen monatlich und öffentlich. Nach der Kommunalwahl 2015 durfte die Leipziger LINKE 35 Stadtbezirksbeirätinnen und -beiräte nominieren. Diese wurden vom Stadtrat alle bestätigt. Den Gewählten Herzlichen Glückwunsch und viel Kraft für ihre neue Aufgabe namentlich werden alle neu- und wiedergewählten Stadtbezirksbeiräte mit ihren jeweiligen Bezirken im nächsten Mitteilungsblatt aufgeführt. Bis dahin finden sie sich auf der Internetseite des Stadtverbands.

ⓘ <http://www.die-linke-in-leipzig.de/struktur/stadtbezirksbeiraete/>

# Schon wieder April

Franz Sodann Nach einem halben Jahr Landtag

Verdammt, schon wieder April, die Zeit eilt, man merkt es kaum und ein halbes Jahr Landtagsarbeit liegt hinter einem. Zugegeben, viele Momente der Besinnung gab es bislang nicht. Zu Beginn musste man sich erst einmal finden, den Parlamentsbetrieb durchschauen, die erste Fraktionssitzung erleben, nach einem Büro Ausschau halten, sich an die Berge aus Papier und Post gewöhnen, ebenso an die Tatsache, dass man nun zu vielen Anlässen eingeladen wird.

Unter anderem zur Eröffnung der Messe „Denkmal“ ins Gewandhaus zu Leipzig. Nach der Veranstaltung begegnete ich Markus Ulbig, seines Zeichens Staatsminister des Innern, wollte höflich sein, begrüßte und stellte mich als neues Mitglied des Landtages vor. Auch er wahrte, nachdem die Parteizugehörigkeit geklärt war, eine freundliche Attitüde, fragte nach meiner vorherigen Beschäftigung und, warum ich denn als Schauspieler ausgerechnet bei DEN LINKEN gelandet sei: „Das, Herr Ulbig,“ erwiderte ich „liegt womöglich daran, dass ich in meinem Leben zu viel humanistische Literatur gelesen habe.“ Zu erwähnen, dass hierauf das Gespräch keine Fortsetzung fand, erübrigt sich eigentlich.

Doch zurück zur Fraktionsarbeit. Am Anfang hieß die Devise: Lernen, lernen, nochmals lernen. Wie schreibt man eine kleine Anfrage, gar einen Gesetzentwurf? Wo finde ich was? Welchem Arbeitskreis, welchem Ausschuss gehöre ich an? Zum Glück wurde ich zum kulturpolitischen Sprecher unserer Fraktion gekürt und so musste ich mich nicht extra noch in ein mir fremdes Themengebiet, z.B. das der Wirtschaft, einarbeiten und der Nebel lichtetete sich. Konnte ich doch nun konkret auf einem Themengebiet meine Arbeit aufnehmen. Ich las Positionspapiere, Gesetze, beschäftigte mich mit den Kulturräumen, Kulturverbänden und -stiftungen und merkte schnell, das Lernen wird nicht enden. Gut so.

## Kulturtour durch Sachsen

Eine Aufgabe, die ich mir selbst stellte, war von Anfang an klar: Ich möchte in den nächsten Jahren durch alle Kulturräume reisen, an allen Theatern/Orchestern, Kultureinrichtungen, vielen Museen, Kulturvereinen und -verbänden, Chören und Bi-

bliotheken Halt machen und sagen: „Einen schönen guten Tag, hier ist DIE LINKE, wollen wir reden?“. Meine persönliche „Sachsenkulturtour“, und fünf Etappen habe ich schon geschafft. Ich glaube, dass es für die Zukunft ungeheuer wichtig ist, dass wir uns zeigen, zu den Menschen hingehen, ihnen zuhören und wo es möglich ist, helfen.

Und wer sagt denn eigentlich, dass man aus der Opposition heraus nicht auch etwas erreichen kann, noch zumal im Bereich der Kultur? Im November, als Zwickau und damit die 4. Sächsische Landesausstellung zur Industriekultur im Jahr 2018 in schlingern geriet, stellten wir einen Antrag zur sofortigen Neuplanung. Und siehe da, nachdem wir diesen Antrag noch ins Plenum gehoben und behandelt hatten (meine erste Rede), geschah, oh Wunder, folgendes: im Ministerium begann man tatsächlich zu arbeiten und mittlerweile sind alle von uns anberaumten Forderungen umgesetzt. Das wurde höchste Zeit.

## „Komm, lieber“ Mai ...

Mehr als an der Zeit ist es, den 8. Mai auch in Sachsen offiziell als Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus zu ehren, in Form eines Gedenktages. Dieses Thema scheidet die Geister, um es etwas pathetisch zu sagen. Leider ein Beleg für den bis heute schwierigen Umgang der Deutschen mit ihrer Geschichte, trotz der wegweisenden Rede von Richard von Weizsäcker 1985. Ohne Erinnerung, Erfahrung und Empathie kann ich mir aber keine humanistische Gesellschaft, kein friedliches Zusammenleben vorstellen. In einer Rede zur Einbringung eines entsprechenden Gesetzentwurfs ins Plenum durfte ich das deutlich machen. Das quittierte der überwiegende Teil der Fraktionsmitglieder der CDU mit Schweigen.

## Nippes, Kunst und ein Kulturbüro

Lebhafter reagierten sie und andere, als es bei einer Plenarsitzung um die Finanzen und damit verbunden die Zukunftsstrategie der Staatlichen Porzellan-Manufaktur Meißen ging. Bei einer Fragestunde wollte ich gern vom Minister für Finanzen, Herrn Prof. Dr. Unland, wissen, wie er es verantworten könne, dass aus einem so wichtigen Kulturgut ein Intershop für Nippes für neureiche



Foto: Franz Sodann

Kleinbürger gemacht wird. Die Antwort war eine Pressemitteilung von der CDU, in der mir fleghaftes Benehmen im Landtag und Abschätzigkeit gegenüber den Mitarbeitern der Porzellan-Manufaktur bescheinigt wurden. Dass meine Frage - nicht nur angesichts der Produktpalette des Unternehmens - ernstgemeint war, hatten im Gegensatz zur CDU Mitarbeiter und Freunde der Manufaktur begriffen und in einem Leserbrief und mir persönlich gegenüber bestätigt.

Darum geht es mir, hinschauen, zuhören, begreifen, Dinge beim Namen nennen und nicht kunstvoll verkläusulieren (soweit geht mein Kunstbegriff nicht). Politik ist ja keine Parallelwelt, auch wenn man das manchmal vermuten könnte oder wenn sich der eine oder andere Vertreter ab und an so aufführt.

Apropos aufführen: Kultur schafft Zugänge. Sie erleichtert den Umgang miteinander, bereichert, macht Freude und fördert Toleranz und Mitgefühl. Das gilt für die Arbeit in der Fraktion, im Plenum, privat und im Büro.

In unserem neuen **Wahlkreis-Kulturbüro** in der **Mariannenstraße 101** wird es jeden letzten Mittwoch eines Monats um 19:00 Uhr eine Veranstaltungsreihe unter dem Titel „Roter Vorhang“ mit Lesungen, Diskussionen, Zündstoff und Humor geben. Den Auftakt macht am !!! **22. April** der stadtbekannteste Kabarettist **Gunter Böhnke**. Ihm folgt am **27. Mai** der Leipziger Krimiautor **Henner Kotte**.

Kommt doch einfach mal vorbei und schaut es Euch an. Lasst uns reden - Utopien ausdrücklich erwünscht!

# Eine soziale Idee in einer digitalisierten Gesellschaft

A. Willnow Beitrag zur Zukunfts- und Strategiedebatte

Zur Zeit wird in der sächs. LINKEN eine Strategiedebatte geführt. Vor diesem Hintergrund ist ein Papier von mir erschienen, das im Internet erschienen ist. Darin wird davon ausgegangen, dass 2020 die Gesellschaft weiter tief sozial gespalten sein wird. Vor diesem Hintergrund werden Vorschläge für Menschen aller sozialen Schichten entwickelt. Es wird konstatiert, dass Er-



Foto: Jeremy Keith via Flickr.com | CC BY 2.0

werbslose sich sozialen Demütigungen der Sozialbehörden ausgesetzt sehen, und empfohlen, die Partei als Kämpferin gegen soziale Demütigungen von Sozialbehörden zu profilieren. Es werden Vorschläge unterbreitet, um die Lage der Erwerbslosen zu verbessern, wo es weh tut. Dazu gehören

- das Konzept einer sozialen Grundsicherung, die sich 2020 bei 550€ und einem Mietzuschuss von 250€ bewegen könnte
- das Nein zu Sanktionen und Kürzungen der Sozialbehörden
- der Ausbau der Bürgerarbeit und ÖBS, die bessere Anerkennung/Honorierung der ehrenamtl. Tätigkeit
- die Einführung eines Qualifikationsschutzes und eines Mindestlohn bei Aufnahme einer neuen Tätigkeit
- die Verbesserung der Ausgestaltung der Prozesskostenhilfe
- die Erhöhung des Pfändungsfreibetrags um 150€
- die Verkürzung des Verfahren zur Privatinsolvenz/zur Erlangung der Restschuldbefreiung.

Im Hinblick auf Arbeitnehmer mit einer schlechten Entlohnung werden Ideen der LINKEN aufgegriffen wie die Forderung nach einem Mindestlohn von 10€ je Std., der Kampf um faire Arbeitsverträge, bessere Arbeitsbedingungen und gute Arbeit zu guten Löhnen. Daneben wird gefordert, eine Arbeitszeitverkürzung auf eine 33-Std.-Woche einzuführen. Der Prekariisierung soll der Kampf angesagt werden. Zeitarbeit auf der Basis rechtloser Arbeit-

nehmerüberlassung an Dritte, Werkverträge... sind auf ein Mindestmaß zurückzudrängen oder abzuschaffen.

Neu ist die Forderung, DIE LINKE als Anwalt einer starken Mitte zu profilieren. Dies soll nicht geschehen, dass Privilegien der Mittelschicht wie dem Ehegattensplitting oder Privilegien beim Kindergeld das Wort geredet wird. Sondern es soll um die Senkung der Fallhöhe beim Abstieg aus der Mittelschicht beim Übergang ins ALG 1/2 gehen. Dies betrifft die Unantastbarkeit von Rentenanwartschaften mit Riester-/Rürup-Verträgen, die Ausweitung des Schonvermögens bei ALG2-Bezug und die Ausweitung des ALG-1-Bezugs auf XX Monate bei 12 Monaten Erwerbstätigkeit. Es wird angeregt, über die Ausweitung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung/der Künstlersozialverantwortung zu diskutieren. „DIE LINKE nimmt Abstiegsängste der Mittelschicht ernst, erwartet... aber ein Mindestmaß an Solidarität gegenüber den Ausgeschlossenen der Gesellschaft.“

Im Hinblick auf eine breite Arbeitnehmermitte wird betont, dass DIE LINKE in den Parlamenten die Sozialversicherung der Bürger bleibt und sich dort für die Aufrechterhaltung (Ausweitung) des Leistungskatalogs von Kranken-, Arbeitslosen-, Rentenversicherung einsetzen müsse. Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung soll erweitert, die Rente ab 65 voll hergestellt werden, eine Bürgerversicherung ist einzuführen. Das Netz der Kindertagesstätten soll ausgebaut, ein kostenloses (günstiges) Mittagessen angeboten werden. Damit Wohnen als soziales Gut erhalten

bleibt, werden Forderungen nach einer Mietpreismbremse, des Ausbaus des städtischen (sozialen) Wohnungsbaus und die Aufrechterhaltung eines kommunalen Anteils an Wohnungen aufgestellt.

Neben Überlegungen zu anderen Politikbereichen definiert das Papier „DIE LINKE als Partei der sozialen und ökologischen Verantwortung der Wirtschaft“. Es wird vorgeschlagen, zwar ein Privatvermögen bis

X als weitgehend geschützt anzusehen, wenn dies mit sozialer Verantwortung der Betreffenden gepaart ist, ansonsten weiter für eine maßvolle Umverteilung zu streiten. „DIE LINKE ist nicht wirtschaftsfeindlich, sondern fordert, die Wirtschaftsförderung an soziale und ökologische Bedingungen zu koppeln... Die Unternehmen wollen Gewinne erzielen, DIE LINKE will gute Arbeitsplätze - wo beides zu verbinden ist, können wir uns treffen.“

Aus der Sicht von Angestellten und Unternehmern wären eine steuerliche Besserstellung von Betriebsvermögen als Privatvermögen, eine Beschleunigung/Entbürokratisierung der Genehmigungspraxis und die Bildung von Technologie- und Gründungszentren Forderungen. „Unsere Hoffnungen für die Zukunft ruhen nicht in großen Ansiedlungen, sondern in der digitalen Wirtschaft. Innovative Unternehmensgründungen sollen gefördert werden, z.B. mit Beteiligung- und Wagniskapital, Lotsen- und Gründerzentren. Der Entstehung eines Wissensprekariats ist entgegenzuwirken.“ ÖPP-/PPP-Ansätze sollen anhand des Einzelfalls geprüft werden.

Wir werden bei Existenzgründern oder der digitalen Wirtschaft zu wenig als Ansprechpartner wahrgenommen. Natürlich sind wir auch in dem Wirtschaftsbereich gegen schlechte, prekäre Arbeitsverhältnisse. Aber man sollte überhaupt erst einmal ins Gespräch kommen, um Problemlagen und Konflikte zu erfassen.

① Vollständiges Papier: <http://gleft.de/Qi>



# Das wird man ja wohl noch beantragen dürfen?

Naomi Pia Witte Über die politische Lage im Nahen Osten und DIE LINKE

Während des Sechs-Tage-Kriegs 1967 verabschiedete der irakische Präsident Aref eine nach Jordanien verlegte Düsenjägerstaffel mit den Worten: „Ich hoffe, euch in Haifa und Tel Aviv wiederzusehen!“ Eine späte Hilfe bei diesem nicht ganz so frommen Wunsch könnte nun ausgerechnet die Fraktion der Linkspartei im Bundestag leisten. Schließlich haben 16 Abgeordnete der Fraktion, darunter auch das „Toilettengate-Trio“ inklusive des „Frauendecks“ einen Antrag im Namen der Fraktion in den Bundestag mit dem Titel „Palästina anerkennen - Vollmitgliedschaft Palästinas in der Uno aktiv unterstützen“ eingebracht.

Das damit im Gazastreifen mit der Hamas eine Terrororganisation in die Staatlichkeit erhoben werden soll ficht die Abgeordneten nicht an, immerhin erklärt der Artikel sieben der Gründungs-Charta der Hamas das Töten von Juden – nicht nur von jüdischen Bürgern Israels oder Zionisten – zur unbedingten Pflicht jedes Muslims, indem diese Pflicht zur Voraussetzung für das Kommen des Jüngsten Gerichts erklärt wird: „Die Stunde des Gerichtes wird nicht kommen, bevor Muslime nicht die Juden bekämpfen und töten, so dass sich die Juden hinter Bäumen und Steinen verstecken und jeder Baum und Stein wird sagen: ‚Oh Muslim, oh Diener Allahs, ein Jude ist hinter mir, komm und töte ihn!‘ (Sahih Muslim Buch 41, Hadith Nummer 6981, zitiert in Artikel 7)“

Aber auch die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) in Ramallah bezieht sich noch auf die PLO Charta, in deren Artikel 9 und 10 wird „der bewaffnete Kampf“, ins-

besondere der Guerillakrieg, als „der einzige Weg zur Befreiung Palästinas“ durch „eine bewaffnete Volksrevolution“ bezeichnet. Die Streichung dieser Artikel hatte Jassir Arafat zwar bei den Verhandlungen in Camp David im Jahre 2000 versprochen, dies wurde aber bis dato nicht umgesetzt. Folgerichtig wird auch heute noch jeder palästinensische Terroranschlag in Israel vom PA Präsidenten Abbas begeistert begrüßt und die Attentäter von ihm als Helden gefeiert.

Die Bundestagsfraktion stellt mit ihrem Antrag einen Freifahrtschein für einen Staat Palästina aus, denn Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern werden überflüssig, sollte die Intention des Antrages Wirklichkeit werden. Die Anerkennung „Palästinas“ unter Verzicht eines diplomatischen Prozesses mit der Einbindung Israels bedeutet, dass Israel damit die Eigenschaft ein souveräner Staat zu sein, aberkannt wird. Mittelfristig würde dieser Weg zu einer Einstaatenendlösung führen, d.h. der Staat Israel würde von der Landkarte verschwinden. Für die Hardliner innerhalb der Fraktion sicherlich keine so ganz unangenehme Vorstellung. Inge Höger hatte diese Endlösung ja schon mal durch einen entsprechenden Schal mit einer aufgedruckten Landkarte des Nahen Ostens ohne den Staat Israel zum Ausdruck gebracht.

שמע ישראל יהוה אלהינו יהוה אחד

Einen ausführlichen Artikel finden Sie hier:  
 ⓘ Internetseite der Autorin: [www.witteleipzig.de](http://www.witteleipzig.de)

## Rot Runner beim 24. Prix de Tacot

DIE LINKE. Leipzig-Süd Auf zum internationalen Seifenkistenrennen

Am 3. Mai findet der 24. Prix de Tacot auf dem Fockeberg im Leipziger Süden statt. Bei diesem mittlerweile legendären Seifenkistenrennen wollen wir auch dieses Jahr nicht fehlen. Nachdem wir 2014 den dritten Platz in der Kategorie Abfahrt gewinnen konnten, gilt es dies nun zu steigern. Dazu werden noch wagemutige HelferInnen für den Tag des Rennens, den 3. Mai, gesucht. Los geht's ab 11:00 Uhr. Wer Interesse hat das Team „Rot Runner“ dieses Jahr mit in Schwung zu bringen, melde sich bitte per Telefon bei: Steffi Deutschmann 0341 1406 44 11 oder per Email bei Kay Kamieth: [Kay.Kamieth@die-linke-in-leipzig.de](mailto:Kay.Kamieth@die-linke-in-leipzig.de)

## Traditionelles Riesengebirgstreffen in Mala Upa

Eva Firesch Jedes Jahr am letzten Sonnabend im August

Zum 93. Male treffen sich tschechische, polnische und deutsche Antifaschisten am 29.08.2015, 10:00 Uhr am Fuße der Schneekoppe, in Mala Upa.

Das internationale Treffen steht im Zeichen aktueller Aspekte des Kampfes gegen menschenverachtende Ausbeutung durch das internationale Kapital, gegen Kriegstreiberei und Refaschisierung der Gesellschaft.

Die Anreise ist individuell, in Fahrgemeinschaften oder als Busreise mit dem Reisebüro tuk International Berlin möglich.

Auf der Route nach Mala Upa bietet das Reisebüro tuk in der Zeit vom 27.08.2015 bis 30.08.2015 folgende Stationen:

- Theresienstadt: KZ-Gedenkstätte
- Melnik: Stadt am Zusammenfluss von Moldau und Elbe, bedeutendstes Weinanbaugebiet Tschechiens
- Mlada Boleslav: Größtes Werk des Autoherstellers Skoda
- Trutnov: Am Ufer der Upa mit historischer Altstadt.

Nähere Auskünfte zur Reise gibt der Stadtvorstand, die AG Senioren und/oder das Reisebüro tuk ([www.tuk.de](http://www.tuk.de)), Telefon 030/4233333 oder [info@tuk.de](mailto:info@tuk.de). Dabei sein lohnt sich.



# Für eine Friedensarbeit - in der gestritten und gehandelt werden kann

Thomas Kachel Stellungnahme zum Verlauf der Sitzung der AG Frieden und Gedenken der LINKEN Leipzig am Donnerstag, dem 26. März 2015

Ich bedauere den Verlauf der Sitzung der AG Frieden und Gedenken (FuG) am 26. 3. zutiefst. Durch mein spätes Kommen konnte auch ich nicht mehr zu einer Beruhigung der Lage beitragen. Zwei Aspekte bedürfen m.E. der Kommentierung:

Erstens, der Umgang miteinander: Es kam in der Diskussion der Vorbereitungen zum Ostermarsch in Leipzig, an dem der Stadtverband seit Anfang der 90er Jahre regelmäßig teilnimmt, unvermittelt zu tiefen Differenzen in der AG über die diesjährige Teilnahme. Grund war der lauthals von zwei Mitgliedern geäußerte Verdacht, dass das Friedenszentrum Leipzig, welches den Ostermarsch seit vielen Jahren maßgeblich organisiert, durch das Engagement einiger seiner Mitglieder bei den Montags-Mahnwachen seine ‚rechten Tendenzen‘ unter Beweis gestellt habe.

Ein solcher Vorwurf wiegt schwer. Wenn er wahr ist, ergeben sich damit Konsequenzen für das politische Agieren des Stadtverbands in Bezug auf den Ostermarsch. Wenn der Vorwurf unwahr ist, wären solche Vorwürfe üble Nachrede. Ihre Verbreitung auf einer öffentlichen Veranstaltung würde solche üble Nachrede nur noch verbreiten. Aus diesem guten Grunde wurde beschlossen, diese Problematik intern zu debattieren, zwischen der AG (mit ihren Kritikern) und Vertretern des Friedenszentrums. Vier Tage vorher konnte man/frau dann plötzlich von einer öffentlichen Veranstaltung lesen, die die Friedensbewegung auch noch pauschal in Assoziation mit ‚braun‘ und antisemitisch‘ setzte. Ein Mitglied hatte kurzerhand eigenmächtig entschieden, das AG-Treffen in eine öffentliche Veranstaltung ‚umzuformen‘, und ihr einen verleumderischen Titel gegeben. In aller Klarheit: Mit Leuten, die ihre Mitstreiter so zynisch hintergehen, kann ich mir keine vertrauensvolle Zusammenarbeit in

einer AG mehr vorstellen.

Auch am 26.März war das Verhalten der Kritiker offensichtlich gar nicht darauf abgestellt, die Vorwürfe gegen das Friedenszentrum zu erörtern. Angesichts kontinuierlich vorgebrachter Globalvorwürfe, ständigen ins-Wort-Fallens und eines herabsetzend-beleidigenden Umgangs mit den anwesenden Frauen des Friedenszentrums, Dr. Christel Hartinger und Dr. Helga Lemme (beide langjährig sowohl in der Partei als auch in der Friedensbewegung tätig) hatte Alexej Danckwart jedes Recht, den Antrag zu stellen, die Veranstaltung für Besucher zu schließen.

Die Frage ist: Gibt es für die These, dass Mitglieder des Friedenszentrum Leipzig rechte Tendenzen hätten, Beweise? Wenn auf ganz konkrete Nachfragen abstrakt mit Verweisen auf Interviews mit anderen Friedensbewegten verwiesen wird, oder auf Vorfälle in anderen Städten, dann zeigt das die Schwäche der Vorwürfe für Leipzig. Immerhin ist von Leuten die Rede, die maßgeblich am Zustandekommen der No Legida-Demos mitgewirkt haben. Auch auf der Veranstaltung wurde, von dem was mir berichtet wurde, kein einziger inhaltlich konkreter Beleg für das Vorhandensein von rechtem Gedankengut beim Leipziger Friedenszentrum geliefert.

Zweitens: Die politische Ebene. Auch ich habe Zweifel an dem Format und der politischen Zielführung der Friedenswachen, wenn sie z.B. Ken Jebsen und anderen ein Podium geben (was aber meinem Informationsstand nach in Leipzig, seit die Mitglieder des Friedenszentrums dort organisieren, nicht geschehen ist). Es bleibt aber der Fakt, dass sich um sie herum viele Bürger mit ehrlicher Besorgnis um den Konfrontationskurs der NATO im Osten Europas engagieren. Und es bleibt die Auf-

gabe, diese Menschen für die Arbeit in der traditionellen Friedensbewegung (zurück) zu gewinnen. Ich bin nicht sicher ob es der richtige Weg ist, sich in die Strukturen der Friedenswachen hinein zu begeben, und dort (z.B. gegen reichs-bürgerliche oder PEGIDA-nahe Auffassungen) um die politische Lufthoheit zu kämpfen. Aber jede besserwisserische Arroganz verbietet sich, wenn man/frau keine konstruktive Alternative zu bieten hat. Deshalb Friedensaktive mit Bannfluch belegen zu wollen und ihnen selbst rechtes Denken zu unterstellen, weil sie dann und dann neben dieser und jener Person gestanden hätten - das ist eine Logik direkt aus dem Handbuch stalinistischer Schauprozesse, die ich in der Linken überwunden glaubte.

Wir müssen zurückkehren zu einer Friedensarbeit, in der gestritten werden kann - in der aber auch keine Unvereinbarkeiten konstruiert werden, die uns daran hindern, gemeinsam unsere Aufgabe wahrzunehmen. Und das ist die Aufgabe, öffentlich gegen friedensbedrohende Politik hierzulande Stellung zu nehmen - was in Sachen Ukraine viel zu spät angegangen wurde (Hierzu hat Monty Schädel in seinen Interviews in Taz und JW ja schon einige selbstkritische Worte gefunden). Zum gemeinsamen Tun in der Sache lade ich auch Ricky Burzlaff ein, ob in oder außerhalb der Partei. Würde persönliche Anwürfe wie z.B. gegen Alexej Danckwart (und auch die ebenso persönliche Reaktion) klären in der Sache nichts, und stören nur die Rückkehr zur Sachebene.

Gerade in diesen Tagen sind die Zeitungen wieder voll von den Aufrüstungs-Programmen, die sich jetzt angeblich aufgrund der Ukraine-Krise nötig machen würden, von laufenden NATO-Manövern und neuen Panzerbataillonen für die Bundeswehr. Wenn gerade jetzt über solche Differenzen eine friedensbewegte Institution wie der Ostermarsch geschädigt wird, nützt das am Ende vor allem einer Person und ihrem Aufrüstungs-Kurs: Ursula von der Leyen. Und das kann keiner von uns wollen.

**Montags-  
mahnwachen-  
debatte**

# Der Hauptfeind steht im eigenen Land - Gegen Nationalismus und Querfront

Ricky Burzlaff und Max Brym Ein Beitrag zur Diskussion über die „Montagsmahnwachen“ und das Projekt „Friedenswinter“

Anlässlich der Montagsmahnwachen und des darauf folgenden sogenannten „Friedenswinter“ möchten wir einige inhaltliche Thesen aufstellen.

1. Innerhalb der deutschen Linken gibt es immer mehr Menschen, die sich mit dem russischen Regime unter Putin mehr oder weniger stark solidarisieren. Der Grund dafür liegt in dem von bürgerlichen und faschistischen Kräften verübten Putsch in der Ukraine. In der Tat, der Maidan brachte nichts Fortschrittliches hervor. Ganz im Gegenteil: Das jetzige ukrainische Regime wurde an die Macht geputscht. Besonders hervorgeraten hat sich dabei die „Konrad-Adenauer-Stiftung“ mit ihrer eigenen Partei „Schlag“ und mit dem ehemaligen Boxweltmeister Klitschko an der Spitze. Zwar reagierte anfangs der US-Imperialismus relativ zurückhaltend, zwischenzeitlich versucht dieser jedoch den Konflikt weiter zuzuspitzen. Eine Rolle spielen dabei zwischenimperiale Konflikte, speziell zwischen dem deutschen Imperialismus und dem US-Imperialismus. Das deutsche Kapital tätigte in Russland selbst mehr als 6000 größere Direktinvestitionen. Die jetzigen Scharfmacher aus den USA sehen in der direkten Zuspitzung des Konflikts mit Russland eine Möglichkeit, die EU unter deutscher Führung entsprechend zu schwächen.

2. Die imperialen Konflikte um die Ukraine befördern allerdings in pseudolinken deutschen Gehirnen die abstrusesten politischen Gedanken. Statt zu erkennen, dass die deutschen Imperialisten ganz wesentlich den Konflikt in der Ukraine entfachten, tauchen jetzt Proklamationen und Pamphlete auf, in denen nur noch vom Kampf gegen den US-Imperialismus die Rede ist. Einige dieser Personen fordern die „deutsche Unabhängigkeit“ und loben Frau Merkel wegen ihrer Verhandlungen in Minsk. Dabei unterschlagen sie die Realität, dass Deutschland als eigenständiger imperialistischer Akteur agiert und zum Teil andere Interessen als der US-Imperialismus hat. Die Verhandlungen im Minsk waren keine

absolute Idee im Kopf von Frau Merkel, sondern sie waren den Interessen eines Teils der deutschen Bourgeoisie geschuldet. Es geht nicht nur darum, den imperialistischen Krieg, sondern auch den imperialistischen Frieden zu attackieren. Der Ukraine steht ein massiver sozialer Kahlschlag bevor, welcher ganz wesentlich von den Organen der EU befördert wird.

3. Am 1. Mai 1916 verkündete Karl Liebknecht in Berlin die berühmte Parole „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“. Diese Losung hat gerade heute eine elementare Bedeutung. Liebknecht wandte sich damals dagegen, im russischen Zarismus oder in der westlichen Entente den Hauptfeind zu sehen. Für ihn war der deutsche Militarismus, der deutsche Imperialismus und die deutsche Diplomatie der entscheidende Gegner. Auf der anderen Seite trat niemand auf der Kundgebung mit Karl Liebknecht mit russischen Zarenfahnen auf. Wenn letzteres passiert wäre, wäre dem Spartakusbund dadurch jegliche Massensympathie abhandengekommen. Heute jedoch entblöden sich verschiedene Kräfte nicht, mit russischen Fahnen und Lobeshymnen auf den russisch bonapartistischen Diktator Putin aufzutreten.

4. Der notwendige Kampf gegen den deutschen Imperialismus wird durch den positiven Bezug auf Putin politisch reaktionär. Es kann für Linke kein emanzipatorisches Projekt sein, die Homophobie und den Nationalismus von Putin zu huldigen. Dieses Affentheater vertieft nur die Isolierung der Linken im politischen Diskurs und macht rechte Demagogen und Querfronttheoretiker salonfähig. Wer sich mit Putin gemein macht, tut rein gar nichts gegen den Hauptfeind im eigenen Land. Diese Kräfte

befördern nur Nationalismus und Antisemitismus.

5. Die vergangenen Friedensmahnwachen machten Figuren wie Jebesen und Mährholz akzeptabel. Der eine schwadroniert auf bestimmten Videos über die angebliche Herrschaft der Juden über die USA. Der andere erklärte die US-amerikanische Zentralbank Fed zum Grundübel der Menschheit und machte die Fed für die Katastrophen in den letzten 100 Jahren verantwortlich. Eine deutlichere Verharmlosung des deutschen Faschismus gibt es kaum. Dieter Dehm, MdB der Linken, hackte sich bei einer so genannten Friedensdemo bei Ken Jebesen unter. Letzteres ist kein Zufall, schließlich beginnt für Dehm der Antisemitismus „erst beim Mord“. Ergo: solange in Auschwitz nicht die Schloten rauchen ist der Antisemitismus für Dehm kein Problem. Erst kürzlich bezog er sich in Bezug auf seiner Grundüberzeugung auf den österreichischen Theoretiker Schumpeter. Dieser unterscheidet zwischen Kapitalist und Unternehmer. Letztere zeichnen sich seiner Meinung nach dadurch aus, „dass sie ihre wirtschaftliche Position ständig durch Innovationen verbessern wollen. Demnach ist es der Unternehmergeist, welcher Innovationen erzeugt und damit Wirtschaftswachstum und sozialen Wandel vorantreibt“. Das ist sehr nah bei der antisemitischen Theorie, welche zwischen raffendem und angeblich schaffendem Kapital unterscheidet.

6. In Deutschland ist es entscheidend, der selbständigen und souveränen deutschen imperialistischen Politik entgegenzutreten. Alles andere führt zu Bündnissen mit kleinbürgerlichen Nationalisten, politischen Esoterikern und Antisemiten.



# aktuelle Termine

## 1. Mai Tag der Arbeit

**AG B & G** Gesetzlicher Mindestlohn - eine Erfolgsgeschichte der Partei DIE LINKE

Ohne DIE LINKE. würde es heute in Deutschland keinen gesetzlichen Mindestlohn geben. Keine andere Partei ist dieses Thema so konsequent und beharrlich angegangen. DIE LINKE. hat die SPD und der Reste der Parteienlandschaft vor sich her getrieben bis sie nicht mehr darum herum kamen, über den Mindestlohn zu sprechen und ihn schlussendlich einzuführen. Aber ist der Mindestlohn wirklich ein Fortschritt für die Partei und die Beschäftigten?

Ja, weil die Bundesarbeitsgemeinschaft b&g vor zehn Jahren das Thema in die Partei und in die Bundestagsfraktion einbrachte und wir jetzt seit dem 1.1.2015 einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50€ in Deutschland haben.

Ja, weil für 1,2 Millionen Beschäftigte der Gang aufs Amt entfällt, um das Gehalt auf HarzIV aufzustocken.

Nein, weil Steffi K., die LVZ-Zeitungszustellerin, weiterhin für 6,38€ die Stunde arbeiten muss. Gerademal 6 Sekunden hat sie Zeit vom Fahrrad abzusteigen ins Haus zu laufen, die Zeitung in den Briefkasten zu stecken und wieder zurück zum Fahrrad zu gehen. Eine Leistung, die jeden Spitzensportler zum Schwitzen bringt! Ist damit für DIE LINKE. der Kampf für den gesetzlichen Mindestlohn beendet?

Nein, denn DIE LINKE. fordert einen Mindestlohn von 10,-€ für ALLE! DIE LINKE. kämpft weiter, damit Ausnahmeregelungen, wie diese von Steffi K., ein Ende haben und der Mindestlohn nicht ausgehöhlt wird wie ein Schweizer Käse. Die Arbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft Leipzig ruft dich zur **1. Mai Demo** zum Motto „**Mindestlohn 10€ für ALLE!**“ auf die Straße zu gehen und für gerechtere Löhne zu kämpfen, denn auch Steffi K. hat ihn verdient!

Fr. 1. Mai, 10:00 Uhr  
Volkshaus, Karl-Liebknecht-Straße 32

## 8. Mai Tag der Befreiung

**DIE LINKE. Leipzig** Feierliches Gedenken

Der 8. Mai als Tag der Befreiung Europas von Faschismus und Holocaust ist in vielen europäischen Ländern offizieller Gedenktag. DIE LINKE Leipzig würdigt diesen Tag ehrenvoll gemeinsam mit dem Deutsch-Russischen Zentrum Sachsen e.V. und der Stadtratsfraktion der LINKEN.

Fr. 8. Mai, 19:00 Uhr  
Alte Handelsbörse, Naschmarkt 1

### Mein Leipzig. Geliebtes Weltdorf

Der Kabarettist Gunter Böhnke liest aus seinem neuen Büchlein und erzählt noch „ä bisl über Sachsen“.

Mi. 22. April, 19:00 Uhr  
Wahlkreis- Kulturbüro, Mariannenstr. 101

### Die „neuen“ Rechten

In Europa und Deutschland sind hohe Wahlergebnisse für „neue“ Rechte zu verzeichnen. Welche Bedingungen müssen erfüllt sein, dass Bewegungen der extremen Rechten auf nationaler Ebene Erfolge verbuchen können? Referent: Volkmar Wölk.

Do. 30. April, 18:30 Uhr  
Klub Gshelka, An der Kotsche 51

### Russland - imperialistischer Konkurrent oder Friedensmacht?

Vortrag und Diskussion mit Reinhard Lauterbach Journalist und Autor der Tageszeitung „junge Welt“

Di. 5. Mai, 18:00 Uhr  
Gesellschaft für Völkerverständigung, Werk II, Kochstraße 132

### 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Historische Bedeutung für Gegenwart und Zukunft mit Historiker Dr. Dietmar Pellmann

Di. 5. Mai, 18:00 Uhr  
Seniorentreff, Karl-Heine-Straße 41

### links.Café - Blickpunkt Nigeria

Wer ist die Boko Haram? Welche Ursachen haben zu ihrer Entstehung beigetragen? Wie ist derzeit die Situation in Nigeria? Vortrag und Diskussion mit Max Wegener.

Mi. 13. Mai, 19:00 Uhr  
Frau Krause, Simildenstr. 8, 04277 Leipzig

### Wirtschaftliches Wachstum ist nicht immer Fortschritt

Bildungsabend mit Gen. Dr. Dieter Janke, Fraktionsassistent der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat zu Leipzig und ND-Auto.

Mi. 20. Mai, 18:00 Uhr  
Stadtteilzentrum Messemagistrale  
Straße des 18. Oktober 10a

# regelmäßige Termine

### Stadtvorstandssitzung

2. Dienstag, 19:00 Uhr, Dachboden  
Liebknecht-Haus, Braustraße 15

### Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

### AG Betrieb & Gewerkschaft

1. Mittwoch, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

### AG Cuba si

2. Dienstag, 19:00 Uhr, Liebknecht-Haus

### AG Frieden und Gedenken

4. Dienstag, 17:30 Uhr, Liebknecht-Haus

### AG Junge GenossInnen

1. Samstag, 18:00 Uhr, Liebknecht-Haus

### AG Behindertenpolitik

auf Anfrage: 0341 - 1406 44 11

### AG Linke UnternehmerInnen

3. Samstag, 14:00 Uhr, Monopol,  
Haferkornstraße 15

### Lisa - emanzipatorische Frauengruppe

Dienstag, alle 14 Tage fortlaufend, Ort  
auf Anfrage: 0177 - 79 71 080

### AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr, Liebknecht-Haus

### AG Soziale Politik

1. Dienstag, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

### Linksjugend Leipzig - Plenum

1. & 3. Donnerstag, 19:00 Uhr: Plenum,  
2. & 4. Donnerstag, 19:00 Uhr: Org-Plenum,  
linXXnet, Bornaische Str. 3d, 04277 Leipzig

### Literaturkabinett im Liebknecht-Haus

letzter Mittwoch, 19:00 Uhr, Liebknecht-Haus

### Ökologische Plattform ADELE

1. Mittwoch, 19:00 Uhr, Liebknecht-Haus

### Marxistisches Forum

1. Dienstag, 18:00 Uhr, Liebknecht-Haus

### DIE LINKE.SDS

Mittwoch, 19:00 Uhr,  
Geisteswissenschaftliches Zentrum,  
Raum 2.116, Beethovenstraße 15

#### Herausgeberin:

DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig  
Braustraße 15, 04107 Leipzig  
Fon: 0341/14 06 44 11  
Fax: 0341/14 06 44 18  
Web: www.dielinke-leipzig.de  
Mail: vorstand@die-linke-in-leipzig.de  
Spendenkonto: Sparkasse Leipzig,  
Konto: 11 25 50 42 22 / BLZ: 860 555 92  
Druck: Saxoprint

**Redaktion:** Steffi Deutschmann, Dr. Christina Mertha, Kay Kamieth (V.i.S.d.P.), Nadja Guld, Stephan Sander, Tilman Loos, Sören Pellmann  
**Gestaltung:** Tilman Loos / Kay Kamieth  
Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionschluss für Nr. 5/2015 ist **Montag, 04.05., 14:00 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerehaltende Kürzungen vor.